

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Eichwalde, am 28. Juni 2019
Az.: Io + EG

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

zum BGH-Urteil zur Altanschließerproblematik vom 27. Juni 2019
in der Rechtssache III ZR 93 / 18

- für "echte Altanschließer" nicht von Bedeutung zum MAW
- zu
 - . "Skandalurteil des BGH. Gerichtshof lehnt Staatshaftung bei Altanschließern ab-
Vorsitzender Richter affärenbelasteter Ex-Bediensteter der Brandenburger Landes-
regierung", VDN-Information,
 - . Mitteilung der Pressestelle des Bundesgerichtshofes Nr. 086 / 2019,
 - . "Altanschließer-Beiträge sind größtenteils rechtmäßig", MAZ 28. Juni 2019, S.1, und
 - . "Urteil für Altanschließer : Und nun ? Bundesgerichtshof hält rückwirkend erhobene
Beiträge für Kanalanschlüsse aus den Jahren vor 2000 für rechtens. Betroffene
müssen auf 300 Millionen Euro verzichten", MAZ 28. Juni 2019, S.7 -

Zweifellos wird das vorgen. Urteil wieder viel Staub aufwirbeln und viele Betroffene verunsichern.

An letzterem dürfte primär der MAZ-Beitrag "Urteil für Altanschließer : Und nun ? ..." Schuld sein, weil hierin ein Schaden von 300 Millionen Euro benannt wurde, so, als ob das Urteil für alle Altanschließer unmittelbar gelte, was aber unzutreffend ist, sowie der Beitrag " Altanschließer-Beiträge sind größtenteils rechtmäßig ..." weil hierin Verband-
chef RA Turgut Pencereci, langjähriger Berater des MAW, hierin die Auffassung vertritt,
der Bundesgerichtshof habe "endlich Klarheit geschaffen", so, als gelte der Richterspruch
für alle Altanschließer und den MAW - auch dies ist unzutreffend !

Warum ?

- Unsere bisherige Hauptargumentation bezog sich auf "echte Altanschließer", welche schon vor dem 3. November 1990 an das öffentliche Netz angeschlossen waren, das vorgen. BGH-Urteil jedoch auf "Altanschließer", welche zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem Jahr 2000 ihren Netzanschluß erhielten.

Das Urteil betrifft also nur einen Teil der "Altanschließer".

Für "echte Altanschließer", welche ihren Anschluß bereits vor dem 3. Oktober 1990 erhielten, stellt dagegen das BGH-Urteil klar, daß für diese keine Beiträge erhoben werden dürfen - unsere Argumentation !

- Für Investitionen nach dem 3. Oktober 1990 dürfen gem. §19 KAG bis zum Ablauf des 15. Jahres nach Vortextilserlangung Beiträge erhoben werden, wobei m.E. noch unklar ist, ob dies auch für "echte Altanschießer" mit Anschluß vor dem 3. Oktober 1990 gilt - das Verfahren wurde ja an das OLG zurückverwiesen, wird aber dazu wohl keine Klarheit erbringen.

Aber selbst dann, wenn grundsätzlich "echte Altanschießer" betroffen wären; dies gilt nicht als Grund für Beitragserhebungen von MAW-Kunden-Haushalten, weil diese solche Investitionen bereits zu Zeiten von Ex-MAW-Verbandsvorsteher Albrecht über Gebühren entrichtet; und deshalb eine erneute Beitragserhebung hierfür gem. dem Gutachten von Prof.Brüning für die Landesregierung, auf welches sich der MAW bei seinen "Optionen" bezieht, gegen das "Doppelbelastungsverbot" verstößt.

- Das BGH-Urteil bezieht sich in Bezug zur Staatshaftung auf die Brandenburger KAG-Gesetzeslage.

Hierauf beziehen wir uns bei Auseinandersetzungen mit dem MAW schon lange nicht mehr wegen der vielfältigen Gesetzesverletzungen des MAW über dieses hinaus, sondern :

- primär bezogen auf MAW-Verstöße gegen den Rechtsgrundsatz von "Treu und Glauben" gem. §138 BGB durch Täuschung der MAW-Haushalte über die reale Gesetzeslage gem. fehlerhafter Rechtsmittelbelehrung und Schädigung der Haushalte bei Gebühren und Beiträgen zugunsten Dritter (z.B. FBB GmbH) wegen Mißachtung des Verursacher-Prinzips gem. rechtsgültiger EU-Wasserrahmen-Richtlinie 2000/60/EG, so daß die Nichtigkeit der MAW-Rechtsgeschäfte von Anfang an gegeben ist, bekräftigt durch das aktuelle EuGH-Dieselskandal-Urteil;
 - primär weiterhin auf den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungs-Grundsatz in Deutschland gem. Art.3 GG und in Europa, bekräftigt durch das aktuelle EuGH-Maut-Urteil; MAW-Kunden-Haushalte werden gegenüber anderen Haushalten in der Bundesrepublik und EU durch höhere Gebühren und Beiträge als rechtlich zulässig geschädigt und damit gegen das Gleichbehandlungsgebot verstoßen, auch z.B. durch die Umlegung der Altanschießer-Problembearbeitungs-Kosten als MAW-Fehlerbeseitigungskosten durch eine 60%ige Grundgebührenerhöhung für Haushalte und andre Kunden entgegen dem Gebot der Leistungsberechnung für Kunden nur für echte wasserwirtschaftliche Gegenleistungen gem. den §§ 241 uhd 242 BGB, entgegen dem Gutachten von Prof.Brüning für die Landesregierung und in Benachteiligung gegenüber anderen EU-Bürgern als Kunden gesetzestreuer Verbände.
- Durch diese Verstöße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben durch ein kommunales Rechtsorgan sind MAW-Bescheide zu Gebühren und Beiträgen gem. § 138 BGB von Anfang an rechtlich nichtig, und die MAW-Kunden-Haushalte sind deshalb gem. § 823 BGB, ggf. i. Vbdg. mit den §§ 249 (1) und 825 sowie 839 BGB, so zu stellen, als ob es diese "Verträge" nicht gäbe, was die Rückzahlung aller erhobenen rechtswidrigen Beiträge sowie Zins-Zahlungen von m.E. 4% gem. § 246 BGB für den Zeitraum von Erhebung bis Rückzahlung bedingt.

- Da dem MAW diese Rechtsverstöße seit langem bekanntgemacht wurden, ohne daß er sie abstellte, liegt eine bewußte Haushalte-Schädigung und Amtspflichtverletzung vor, welche gem. den §§ 839 und 841 BGB bis hin zur Staatshaftung haftungspflichtig ist.
- Die Ansprüche der Haushalte auf Entschädigung gem. Privat- und Staatshaftung sollten sich gegen den MAW als Vertragspartner richten, welchem die Klärung der Haftungs-Anteile von Kreis und Land i.A. seiner Träger-Kommunen obliegt, sofern diese gegen Gesetze verstießen.

U.W. kann der MAW dies zumindest gegenüber der LDS-Kommunalaufsicht belegen, gegen die Landesregierung zusätzlich wegen Verletzung der Rechtsaufsicht aufgrund unsererseits erfolgter Benachrichtigungen zu MAW-Rechtsverstößen wie dem "Politikerbrief" Stand 1. Mai 2017, "Europäisches Recht ist umzusetzen ...".


- Damit ist klaggestellt, daß das vorgen. BGH-Urteil für "echte MAW-Altanschießer-Haushalte" in Bezug auf die Rückzahlung gesetzwidrig erhobener Altanschießerbeiträge ohne rechtliche Bedeutung ist - auch wenn die vorgen. Pressebeiträge fälschlich eine andere Sachlage vorgaukelten.

Eine diesbezügliche Rücksprache mit IGAS-Sprecher Bojdan am heutigen Tage ergab diesbezüglich eine Übereinstimmung der Einschätzungen zum aktuellen BGH-Urteil.

- Das BGH-Urteil wird die Rechtsstreitigkeiten der wirklich betroffenen Gruppe mit Anschlußterminen zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem Jahr 2000 unerfreulicherweise in die Länge ziehen, denn das letzte Wort hat immer noch das Bundesverfassungsgericht !
- "Echte MAW-Altanschießer-Haushalte" sollten sich demnach nicht irritieren lassen, sondern ihr Hauptaugenmerk auf die eindeutig beweisbaren speziellen Rechtsverletzungen des MAW richten und weiterhin eine Rückzahlung an alle ohne erhöhte Gebühren für diese fordern.

Fallen Sie nicht auf die Fehlbeurteilung der Rechtslage durch RA Pencereci und der Presse herein ! Und zumindest für diese Rechtsverletzungen ist auch ein Fehlverhalten der LDS-Kommunalaufsicht und Landesregierung zur Absicherung der Finanzierung der Rückzahlungen über Staatshaftung zweifelsfrei nachweisbar: unterbliebenes Einschreiten gegen ihnen bekanntgemachte Rechtsbeugungen seitens des MAW als kommunales Rechtsorgan in bewußter Verletzung seiner Amtspflichten, also vorsätzlich !

Daran kann kein Gericht vorbei, weder ein Verwaltungs- noch Land- oder gar Verfassungsgericht oder der BGH - aber prozessual vorgebracht und bewiesen muß es werden, denn auf die gerichtliche Amtsermittlungspflicht kann man sich infolge der Überlastung aller Gerichte durch jahrzehntelangen Personalabbau trotz wachsender Prozeßflut nicht verlassen ! Was nicht vorgebracht wird, wird nicht behandelt und geht nicht in das Urteil ein ! Davon hat bisher der MAW profitiert - aber das muß nach den EuGH-Dieselskandal- und -Maut-Urteilen nicht so bleiben ! Gucken sie in unsere Internet-Seite <http://berlin-brandenburg-21.de> !


i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI für Flugsicherheit, echten Schallschutz und Nachtflugverbot